



Evangelische Allianz
Deutschland

gemeinsam glauben, miteinander handeln.



© pixabay.com

In Verantwortung vor Gott und den Menschen

Christinnen und Christen in Staat und Gesellschaft

Eine Stellungnahme der Evangelischen Allianz in Deutschland

„Sucht der Stadt Bestes“

Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) ist ein Netzwerk von Christinnen und Christen, die verschiedenen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Gegründet 1846 in London, ist sie eine der ältesten Einheitsbewegungen der Christenheit. In ihr pflegen wir – über unsere Zugehörigkeit zur eigenen Gemeinde hinaus – Gemeinschaft mit Nachfolgern Jesu aus anderen kirchlichen Traditionen. Zur Evangelischen Allianz in Deutschland gehören Gläubige aus evangelischen Landeskirchen, aus verschiedenen Freikirchen, unabhängigen Gemeinden, Hauskirchen, Landeskirchlichen Gemeinschaften und anderen christlichen Denominationen. Mit Christinnen und Christen aus den orthodoxen und altorientalischen Kirchen sowie der römisch-katholischen Kirche sind wir ebenfalls verbunden.

Die EAD ist Teil einer weltweiten Bewegung, die mehr als 600 Millionen Nachfolger Jesu umfasst. Was die Bewegung inhaltlich eint, ist die Betonung einer persönlichen Hinwendung des Menschen zu Jesus Christus (Bekehrung), die Hochachtung der Bibel als Gottes Wort, das Anliegen von Mission und sozialer Verantwortung sowie das Engagement für ganzheitliche Bildung auf der Basis christlicher Werte.

Christinnen und Christen der Evangelischen Allianz stehen in der historischen Tradition verschiedener geistlicher Aufbrüche, wie des Pietismus und der Erweckungs- oder Heiligungsbewegung. Sie arbeiten national und international in verschiedenen Organisationen und Arbeitskreisen zusammen. Mit dieser Stellungnahme gibt die Evangelische Allianz in Deutschland einen Überblick über ihre gesellschaftspolitischen Positionen. Die Erklärung ist Ausdruck unseres Verantwortungsbewusstseins für das Wohlergehen der Gesellschaft.

Der Ausgangspunkt unserer Überzeugungen ist die Bibel. Die Heilige Schrift enthält Gebote, Leitlinien und Prinzipien für das richtige Handeln des Menschen als Geschöpf Gottes im privaten wie auch im öffentlichen Leben, vor allem durch ihr Menschenbild und ihre Ethik. Darüber hinaus sind die politischen Erfahrungen von Christinnen und Christen in der Geschichte sowie ihre sozialen Einsichten Wegweiser für unser politisches und gesellschaftliches Handeln.

Grundlegend für das politische und gesellschaftliche Engagement sind christliche Werte. Nicht immer lassen sich aus ihnen für komplexe Herausforderungen der Tagespolitik direkte Antworten ableiten. Auch Menschen christlichen Glaubens stehen – wie alle politisch engagierten Menschen – in einer ständigen Debatte um den angemessenen Weg, bei dem das verantwortungsvolle Abwägen der Faktenlage im Vordergrund stehen muss. In diesem Sinne ist auch dieses Dokument vorläufig und unvollkommen¹. Es erhebt nicht Anspruch auf Vollständig-

Dafür stehen wir: für die Einheit der Christen | für gemeinsames Beten | für gemeinsames Vertrauen auf Gottes Wort | für gemeinsames Bezeugen des christlichen Glaubens | für gemeinsame Zeitansagen zu gesellschaftlich relevanten Themen auf der Basis des christlichen Glaubens

keit, sondern beschränkt sich auf einige wesentliche Überzeugungen der Evangelischen Allianz.

Mit anderen Konfessionen in unserem Land, etwa der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) oder der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK), orientieren wir uns gemeinsam an den Leitlinien der evangelischen Ethik und der katholischen Soziallehre. Die Evangelische Allianz ist Teil der Gesamtchristenheit in unserem Land. Viele der Evangelischen Allianz verbundene Gläubige gehören den Volkskirchen an. Bei einigen Themen gibt es aber durchaus Unterschiede in der Gewichtung oder eigenständige Positionierungen der Evangelischen Allianz, die nicht zuletzt durch den Erfahrungshorizont und die Ethik der Minderheitenkirchen geprägt sind,

etwa bei den Themen Religionsfreiheit und Christenverfolgung. Gläubige Personen, die sich der Evangelischen Allianz in Deutschland zugehörig fühlen, haben nicht automatisch einheitliche politische Überzeugungen. Sie wählen unterschiedliche Parteien und lassen sich in ihrer Gesamtheit nicht in ein Links-Rechts-Schema oder in andere politische Kategorien einordnen. Innerhalb der Bewegung gibt es in politischen und ethischen Einzelfragen kontroverse Debatten, vor allem bei den spezifischen Lösungswegen in der Realpolitik. Trotzdem gibt es politische Grundüberzeugungen, die dem großen Teil der Menschen in der Allianz-Bewegung wichtig sind und die ihrem Glaubensverständnis entsprechen. Vor allem diese Schwerpunkte sind im vorliegenden Dokument dargestellt. Wir geben damit allen politisch und gesellschaftlich Interessierten Auskunft

¹ Die erste Version dieser Stellungnahme unter dem Motto „Sucht der Stadt Bestes“ wurde 2009 herausgegeben, 2023 wurde sie überarbeitet und neu herausgegeben.



über die Überzeugungen der Evangelischen Allianz und formulieren unseren Beitrag zur politischen Debatte. Darüber hinaus wollen wir Nachfolger Jesu inner-

halb der Evangelischen Allianz motivieren, sich intensiver mit politischen Fragen auseinanderzusetzen und sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Der Staat und seine Bürger: Vom Gestaltungsauftrag der Christen

Zu den von Gott vorgesehenen Institutionen des Gemeinwesens zählt u.a. der Staat. Die Bibel kennt unterschiedliche Staats- und Herrschaftsformen, es gibt nicht das eine christliche Modell. Im Laufe der Geschichte hat sich der freiheitlich-demokratisch verfasste Rechtsstaat als ein gutes Instrument erwiesen, um die Rechte und Freiheiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft, und damit auch der christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften, zu schützen. Als Bürgerinnen und Bürger das Staatswesen mitzugestalten und zu unterstützen, die Regierungen aber zugleich konstruktiv kritisch zu begleiten, gehört für uns zur ethischen Verpflichtung.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden in der Bundesrepublik Deutschland mit den grundlegenden Prinzipien der Individualität, der Solidarität und der Subsidiarität, sowie der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung durch das Grundgesetz konstituiert. Vor dem Hintergrund der schrecklichen Erfahrungen aus dem Dritten Reich wurden diese Grundlagen durch die Mütter und Väter des Grundgesetzes wesensimmanenter Teil unserer Verfassung; sie beruhen auf der Basis christlicher Werte, insbesondere den Prinzipien der katholischen Soziallehre, und haben sich bis heute bewährt.

Als Christinnen und Christen nehmen wir auch deshalb aktiv politische Verantwortung wahr und beteiligen uns an demokratischen Diskussionsprozessen. Unser

Gewissen ist an Gott und seine Gebote gebunden. Im Sinne der Präambel des Grundgesetzes sehen wir die leitenden Werte des politischen und gesellschaftlichen Handelns „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (sogenanntes Böckenförde-Diktum²). Davon sind wir überzeugt. Diese Voraussetzungen für die nach Böckenförde moralische Substanz des Einzelnen und die Homogenität der Gesellschaft sind in Geschichte und Kultur unseres Landes erkennbar und vom jüdisch-christlichen Wertekanon, dem römischen Recht und von den Prinzipien der Aufklärung geprägt.

Die Evangelische Allianz lehnt jede Form der Diktatur ab, auch eine Theokratie und

² Formuliert 1964 vom Staats- und Verwaltungsrechtler und Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem Aufsatz „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“.

einen „christlichen Staat“, da diese, wie die Geschichte gezeigt hat, regelmäßig zu einer Einschränkung der Menschen- und Freiheitsrechte führen. Und gerade, weil wir um die Anfälligkeit des Menschen für Ideologien und Machtmissbrauch wissen, fordern wir von der Politik, regelmäßig an die christlichen Wurzeln der modernen Demokratie zu erinnern, sie zu fördern und sich davon leiten zu lassen.

Grundlegend ist für uns: Kirche ist nicht Staat und Staat ist nicht Kirche. Die klare Unterscheidung zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates ist elementar. Nach unseren Überzeugungen darf sich weder der Staat anmaßen, als totalitäre Ideologie alle Lebensbereiche seiner Bürgerinnen und Bürger zu bestimmen, noch die Kirche, weltliche Herrschaft im säkularen Staat ausüben zu wollen. Die Vermischung der Verantwortungsbereiche von Kirche und Staat hat immer negative Konsequenzen nach sich gezogen. Die Evangelische Allianz begrüßt die Trennung von Kirche und Staat ebenso wie die Gewaltenteilung und den Föderalismus, die als Kontrollfunktionen dienen, eine Absolutsetzung einer der Staatsgewalten verhindern und somit Macht beschränken. Wir stehen darüber hinaus zum Prinzip der Subsidiarität zur Stärkung einer selbstverantwortlichen Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger.

Eine radikal laizistische Staatsordnung dagegen, in der der Staat die Religion völlig aus dem öffentlichen Leben ausblendet, lehnen wir ab. Damit würde man sich insbesondere in Europa der kulturel-

len und ethischen Wurzeln entledigen, die ohne das Christentum undenkbar sind. Wir sind dankbar für das in Deutschland bestehende Modell der Trennung von Kirche und Staat bei gleichzeitiger enger Zusammenarbeit. Wir begrüßen, dass bei uns die Kirche nicht den Staat und der Staat nicht die Kirche kontrolliert, gleichzeitig aber Kirche und Religion im öffentlichen Raum präsent sind und nicht in den privaten Bereich abgedrängt werden.

Der Hauptauftrag der Kirche besteht darin, das Evangelium zu verkündigen und den christlichen Glauben zu pflegen. Als Glieder der Kirche sind Christinnen und Christen gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger des Staates. Sie sind als Teil des Gemeinwesens zu gesellschaftlichem Engagement aufgerufen. Sie verstehen die „Unterordnung unter die staatliche Obrigkeit“ (Römer 13,1) gerade in der Demokratie als aktive Mitgestaltung. Ein Rückzug aus der politischen Verantwortung entspricht nicht dem, was Jesus Christus gelehrt hat. Die Christen sollen als „Salz“ und „Licht“ dieser Welt (Matthäus 5,13–16) an die guten Gebote Gottes erinnern. Sie selbst sind vielleicht keine (partei-)politischen Akteure, aber sie gestalten aktiv die Gesellschaft mit und tragen zur Wertebildung und ethischen Orientierung in der Politik bei.

Nach christlicher Überzeugung sind die Hauptaufgaben des Staates die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens, die Erhaltung der Gerechtigkeit und die Eindämmung von Unrecht in der

Gesellschaft (Römer 13,3-4). Auch die Förderung ethischer Grundlagen im Sinne der „Belohnung des Guten“ obliegt dem Staat. Er hat damit die wichtige Aufgabe, Gerechtigkeit und Freiheit in konkreten Lebensordnungen zu gewährleisten.

Mit Dankbarkeit und Respekt sieht die Evangelische Allianz auf die Leistungsfähigkeit der verfassungsrechtlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, die durch das Grundgesetz geschützt ist. Wir treten ein für einen glaubwürdigen und fairen Politikstil, ethisches Verantwortungsbewusstsein in allen politischen Entscheidungen, insbesondere bei Gewissensentscheidungen. Wir ermutigen politische Verantwortungsträger durch einen persönlich integren Lebensstil ihrer gesellschaftlichen Vorbildfunktion nachzukommen. Auf diese Weise kann der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Nachfolger Jesu gehört das Gebet für die Obrigkeit (1. Timotheus 2,1-2). Weil sie den Staat als von Gott gesetzte Ordnung und menschliche Einrichtung zugleich verstehen, wird er von ihnen unterstützt (Matthäus 22,15-22; 1. Petrus 2, 17), gefördert und kritisch begleitet (Römer 13,1; Titus 3,1). Im demokratischen Staat sind sie aufgerufen, der „Demokratie zu geben, was der Demokratie ist“. Sie engagieren sich, weil sie die Verantwortung für die Gesellschaft als Teil ihres Dienstes an

den Menschen verstehen, denen sie Gutes zu tun bestrebt sind (1. Petrus 2,15; 3,9-11+17; Galater 6,9-10; Hebräer 13,16). Weil der christliche Glaube alle Lebensbereiche umfasst, hat Christsein für die Evangelische Allianz nicht nur eine private, sondern auch eine öffentliche Dimension.

Die Allianz-Bewegung versteht sich in einer Demokratie als konstruktiv-kritische Begleiterin aller Regierungen und Parteien, unabhängig davon, welchem politischen Spektrum sie angehören. Immer wieder wird es dabei Situationen geben, in denen Überzeugungen von Regierungen und Parteien im Kontrast zur christlichen Ethik stehen. Christinnen und Christen der Evangelischen Allianz sehen es als ihre politische Verantwortung an, in diesen Fällen respektvoll ihre Positionen zu Gehör zu bringen.

Es kann für sie zur Gewissensfrage werden, gewaltlosen Widerstand gegen solche Regierungen zu leisten, die ihre Macht auf ungerechte Weise ausüben (Apostelgeschichte 5,29). Der gewaltlose Widerstand des Martin Luther King ist aus dessen christlicher Verantwortung erwachsen. Grundsätzlich lehnen wir aber jede Form von aggressiver oder militanter Einflussnahme auf den Staat oder auf Andersdenkende ab, weil sie dem Gebot der Nächstenliebe widersprechen. Wie das Beispiel des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer zeigt,

der an der Planung eines Attentats auf Hitler beteiligt war, kann es aber ethische Ausnahmesituationen geben, in denen Gewalt zur Ultima Ratio wird, um noch größere Gewalt zu verhindern.

Christen stehen als Bürgerinnen und Bürger ihres Landes ihrer jeweils eigenen Nation loyal gegenüber. Als Nachfolger von Jesus wissen sie sich zugehörig zu einer weltweiten Gemeinschaft von

Gläubigen. Eine Vergötzung des Volkes und eine Profilierung der eigenen Nation auf Kosten anderer Völker lehnen wir deshalb ab. Wir wenden uns vor diesem Hintergrund auch gegen jede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Abstammung, Heimat, Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Glaubens, ihrer Sprache oder religiöser oder politischer Anschauungen.



© unsplash.com

Zur Freiheit hat uns Christus befreit: Menschenrechte und Religionsfreiheit

Für die Evangelische Allianz ist die Würde jedes Menschen als Geschöpf Gottes elementar. Daraus leiten sich Werte wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen ab, wie sie in den klassischen Texten der Menschenrechte formuliert sind. Diese Rechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Eine Diskriminierung der Menschen auf Grund von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Sprache, Religion, nationaler und sozialer Herkunft lehnen wir daher strikt ab. Der Einsatz für die Abschaffung der Sklaverei und für die weltweite Religionsfreiheit waren in der Geschichte untrennbar mit der Evangelischen Allianz verbunden. Die Erfahrungen unterdrückter Minderheitenkirchen haben unsere Bewegung tief geprägt.

Die Grundlage unseres Einsatzes für Menschenrechte finden wir im christlichen Menschenbild. Gott schuf die Menschen nach seinem Ebenbild (1. Mose 1, 27), und so hat ausnahmslos jeder Mensch Anteil an der gottgegebenen Würde. Diese Würde erhält ein Mensch nicht aufgrund seiner Fähigkeiten oder Leistungen, seiner Herkunft oder Dispositionen, sondern allein aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit und seines Menschseins. Diese Würde ist unantastbar.

Gott hat den Menschen in Freiheit geschaffen, damit er sein Leben selbstbestimmt leben kann (1. Mose 1,28). Diese Freiheit schließt auch die Entscheidung

ein, ohne Gott leben zu wollen. Die Freiheit des Menschen darf jedoch nicht zum Nachteil des Nächsten missbraucht werden. Sie ist an die Solidarität mit den Mitmenschen gebunden und ist damit verantwortliche Selbstbestimmung (3. Mose 19,18). Ein ausschließlich auf sich selbst bezogener Individualismus ist weder demokratisch noch christlich. Er entspricht nicht dem sozialen Verständnis des Menschen und schädigt das Wohl der Gemeinschaft.

Jesus Christus hat uns eine besondere Verantwortung für die Schwachen und Ausgegrenzten in der Gesellschaft aufgetragen. Wir wenden uns gegen jede Form

von Rassismus und beugen uns unter die Schuld der Christenheit, in der Vergangenheit Rassismus gefördert, unterstützt oder geduldet zu haben. Jede Form von Sklaverei, auch in den modernen Formen der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung als Arbeitskraft sowie alle Formen des Menschenhandels sind Verstöße gegen die Menschenwürde. Das Gleiche gilt für Folter.

Hass gegen Minderheiten, Andersgläubige oder Ausländer widerspricht diametral der biblischen Ethik. Parteien, die menschenfeindliche und rassistische Positionen vertreten, sollten daher für Nachfolger Jesu nicht wählbar sein. Wir fordern, dass Menschen mit Behinderungen eine vollwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird und setzen uns in unseren Gemeinden und Werken aktiv für deren Belange ein. Wir fordern die Regierung auf, sich weltweit für die Einhaltung der Menschenrechte zu engagieren, sei es im Rahmen von Europäischen Institutionen, internationalen Bündnissen wie der NATO und den Vereinten Nationen oder in bi- und multilateralen Beziehungen.

Wir wenden uns ebenso gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der geschlechtlichen Orientierung und der Identität. Wir bekennen unsere Schuld gegenüber Menschen, wo wir sie als christliche Gemeinden ausgegrenzt und lieblos behandelt haben. Wir fordern dazu auf, Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität mit Respekt und Würde zu begegnen.

Intersexuelle Menschen dürfen nicht Opfer von Zwangsoperationen werden.

Bei der geschlechtlichen Identifizierung erleben gerade junge Menschen immer häufiger eine Verunsicherung in ihrer Identität. Eine verantwortliche Politik darf daher nicht zu einer weiteren Verunsicherung beitragen, indem sie einen quasi willkürlichen Wechsel der Geschlechter ermöglicht oder eine Vorgabe macht, in welche Richtung sich eine Identität entwickeln soll.

Zu unseren Überzeugungen gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gott hat zwei Geschlechter geschaffen, vollkommen gleichwertig, dabei aber unterschiedlich und aufeinander bezogen (1. Mose 1,26-27). Deshalb lehnen wir alle Ungerechtigkeiten, Gewaltanwendungen und Unterdrückungen von und gegen Frauen ab und solidarisieren uns mit Emanzipationsbewegungen in Ländern, in denen Frauen unterdrückt werden.

Wir wenden uns gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch Pornografie und Prostitution. Frauen sind keine Ware. Ihren Körper zu kaufen, stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung dar. Daher spricht sich die Evangelische Allianz für ein stärkeres Vorgehen gegen Menschenhandel und ein Sexkaufverbot nach dem sogenannten Nordischen Modell aus, bei dem nicht die Prostituierte, sondern der Freier bestraft wird, und das umfangreiche Hilfen zur gesellschaftlichen Resozialisierung für Zwangsprostituierte vorsieht.

Das Rollenverhalten von Mann und Frau ändert sich soziologisch und kulturell im Lauf der Geschichte. Es muss in der Gemeinschaft der individuellen Partner gleichberechtigt ausgehandelt werden. Wir halten es dabei für übergreifend, wenn der Staat ein bestimmtes Rollenverständnis vorgibt.

Wir bekräftigen die Religions-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit, nicht zuletzt in Anbetracht der eigenen verhängnisvollen Geschichte der Christenheit mit ihrer gewaltsamen Unterdrückung von Menschen anderer Religionen, aber auch angesichts der heutigen Christenverfolgungen in vielen Ländern der Welt. Christinnen und Christen sind die am meisten verfolgte Religionsgruppe im 21. Jahrhundert. Dies bestätigen Vertreter verschiedener Fraktionen im Parlament. Organisationen wie beispielsweise Open Doors liefern dazu belastbare Zahlen und Informationen.³ Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, sich für religiös Verfolgte und Bedrängte weltweit einzusetzen.

Der Einsatz für Religionsfreiheit schließt für uns ausdrücklich die Freiheit anderer

Religionen ein, ihren Glauben in unserem Land auszuüben. Dafür hat sich die Evangelische Allianz seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert eingesetzt. In einer pluralen Gesellschaft leben Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen nebeneinander. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit religiöser Standpunkte und Praktiken zu achten und zu schützen, solange sie nicht der freiheitlichen Verfassung und den Menschenrechten zuwiderlaufen.

Zur Religionsfreiheit gehört auch das Recht auf öffentliche Darstellung des Glaubens, auf friedliche Mission und auf Religionswechsel. Gerade in der Freiheit zur Konversion beweist sich die Religionsfreiheit. Mission ist einer der Kernwerte der Evangelischen Allianz. Wir verstehen darunter das respektvolle Werben für unseren Glauben als eine Stimme in einer multireligiösen Welt und orientieren uns am ökumenischen Dokument „Mission Respekt“⁴, das 2011 von der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), dem Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog (PCID) und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) verabschiedet wurde.

³ Einführend hierzu: <https://www.opendoors.de/christenverfolgung>.

⁴ www.missionrespekt.de

Weil es Gottes Schöpfung ist: Außenpolitik und Weltverantwortung

Die Bewegung der Evangelischen Allianz ist auf allen Kontinenten verbreitet. Viele von der EAD geprägte Gemeinden, Gemeinschaften und Werke haben durch Missionare und Missionarinnen, die im Ausland arbeiten, schon seit Jahrzehnten eine weltweite Perspektive. Angesichts nie dagewesener globaler Herausforderungen – von wirtschaftlichen Verflechtungen und Lieferketten, über Herausforderungen beim Klimaschutz bis hin zu Migrationsbewegungen – sind die wichtigsten politischen Fragen des 21. Jahrhunderts nur international zu lösen.

Entscheidende Anliegen für Christinnen und Christen sind Frieden und soziale Gerechtigkeit auf der Welt. Sie sind von Gott herausgefordert, Friedensstifter zu sein (Matthäus 5,9) und als solche aktiv für den Frieden zu arbeiten.

Der Weg zu einem globalen Frieden wird auch unter Nachfolgern Jesu kontrovers diskutiert. Für die einen ist selbstverständlich, dass in einer gefallenen Schöpfung der Staat zu Gewaltanwendung (im Präventiv- oder Verteidigungsfall) legitimiert sein muss. Andere wiederum kommen aus einer pazifistischen Tradition (etwa der täuferischen Bewegung) und lehnen jede Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Auch wer für die Notwendigkeit von gerechten Kriegen plädiert, etwa um Völker von Unterdrückung zu befreien (wie im Falle der Alliierten gegen Nazi-Deutschland), muss doch konstatieren, dass Gewalt und insbesondere Krieg in der Geschichte meistens neue Verwerfungen oder andere Ungerechtigkeiten hervorgebracht hat. Daher ist es der Evangelischen Allianz in Deutschland ein Anliegen, dass internationale Konflikte, wenn irgend möglich, friedlich gelöst werden. Wir rufen daher die Bundesregierung auf, sämtliche Mittel auszuschöpfen, damit bei internationalen

Konflikten gewaltfreie Lösungen gefunden werden. Sollte es dennoch zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen, muss darauf gedrungen werden, sie so schnell wie möglich zu beenden und das Völkerrecht und die Menschenrechte zu achten.

Weltweit sollen Abrüstungsprozesse beschleunigt werden.

Für ein friedliches Miteinander auf dieser Welt ist aber auch ökonomische Gerechtigkeit durch faire Handelsbedingungen voranzutreiben. Dabei wissen wir, dass „Friede“ mehr ist als die Abwesenheit von Krieg oder Waffengewalt. Friede im Sinne des biblischen Schalom ist ein Zustand des ganzheitlichen Wohlseins des Menschen: Weil wir Frieden mit Gott gefunden haben, wirken wir für den Frieden in der Welt. Ein globales und in jeder Hinsicht intaktes Friedensreich wird es nach christlichem Verständnis erst in der neuen Welt Gottes geben. Dennoch sind Gläubige aufgefordert, heute schon aktive Friedensstifter auf Erden zu sein.

Dazu setzen sie sich für versöhnte Beziehungen mit den Nächsten ein, beginnend in ihrer direkten Nachbarschaft bis hin zur globalen Gemeinschaft. Als Teil einer internationalen und interkulturellen Bewegung können Christinnen und Christen der Evangelischen Allianz hier durch ihre weltumspannenden Beziehungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Eine große Herausforderung unserer Zeit ist die Integration von Migranten. Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund besuchen unsere Kirchen und Gemeinden. Darüber hinaus gibt es viele fremdsprachige Migrationskirchen, die der Evangelischen Allianz nahestehen.

Die „Liebe zum Fremdling“ (3. Mose 19, 34) ist eine Christenpflicht und der Schlüssel zu den Herzen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir fördern bei Migrantinnen und Migranten die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft einzufügen, und helfen ihnen dabei, bei der Pflege der eigenen Kultur nicht in destruktive Parallelgesellschaften abzuweichen, die dem Staat das Rechts- und Gewaltmonopol streitig machen. Dabei müssen sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen und die christlichen Wurzeln unseres Staates respektieren. Umgekehrt gehören aber zum gelingenden Miteinander auch die Freiheit der Religionsausübung anderer Religionen. Integration im Sinne eines friedlichen Miteinanders funktioniert nur

in einem Geist des Respekts und des offenen Dialogs.

Wir begrüßen gerade angesichts neu aufflammender nationaler Egoismen, dass der Einigungsprozess der Europäischen Union das friedliche Zusammenleben der Völker Europas nach Jahrhunderten des Krieges gefördert, den Wohlstand vermehrt und die Religionsfreiheit gestärkt hat. Europa braucht dabei klare gemeinsame Regeln, um globale Herausforderungen etwa bei Finanz- oder Flüchtlingspolitik meistern zu können. Die Geschichte oder kulturelle Identität der einzelnen Mitglieder darf es dabei nicht übergehen.

Nicht nur angesichts der deutschen Vergangenheit, sondern auch durch die geistliche Verbundenheit der Nachfolger Jesu mit den Juden als dem biblischen Gottesvolk, sprechen wir uns gegen jede Form von Antisemitismus aus und treten für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Wir stellen uns gegen jede Einzelperson, Gruppe oder Partei, die den Holocaust leugnen und antijüdische Agitationen betreiben. Wir fordern die Regierenden auf, sich aktiv für den Frieden im Nahen Osten, das Existenzrecht Israels und für die Eindämmung des Antisemitismus in unserem Land einzusetzen. Gleichzeitig treten wir für Versöhnung zwischen Israel und den arabischen Völkern ein.



© fotolia.de

Zur Gemeinschaft berufen: Ehe, Familie und Erziehung

Der Schutz von Ehe und Familie ist uns als Evangelische Allianz ein wesentliches Anliegen. Ehe und Familie entsprechen nach unserer Überzeugung der Schöpfungsabsicht Gottes. Intakte Familien sind elementar für das funktionierende Zusammenleben der Menschen. Sie sind Eckpfeiler der Stabilität der Gesellschaft.

Die Ehe verstehen wir in der christlich-jüdischen Tradition als einen lebenslangen Bund zwischen einem Mann und einer Frau, der von Liebe, Fürsorge, Treue und Solidarität geprägt ist. Familie ist nach unserem Verständnis der primäre Ort für die Kindererziehung. Hier erleben Kinder Annahme, Liebe, Vertrauen, Sicherheit und Geborgenheit, sie lernen Verantwortungsbewusstsein, und das Akzeptieren von Grenzen. Kinder entwickeln und entfalten in und durch funktionierende Familien ihre Persönlichkeit und bekommen ein Wertegerüst für ihr Leben. Sie lernen Freiheit und Solidarität kennen.

Nach Artikel 6 des Grundgesetzes stehen „Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“, die „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht.“

Grundrechte sind auch Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe. Wo Kinderrechte und Elternrechte gegeneinander ausgespielt werden oder wo das primäre Erziehungsrecht dem Staat übertragen wird, widerspricht das sowohl dem christlichen Familienbild als auch der Intention des Grundgesetzes. Dem Staat obliegt das Wächteramt zum Schutz der Kinder, nicht aber das primäre Erziehungsrecht.

Intakte Ehen und Familien sind für den einzelnen Menschen ebenso von Bedeutung wie für die Gesellschaft. Sie stabilisieren nicht nur in demographischer, sondern auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht das öffentliche Gemeinwesen. Entsprechend ist es wichtig, Ehen und Familien auch politisch zu stärken und Ungerechtigkeiten bei der Lastenverteilung entgegenzuwirken.

Wir fordern den Staat auf, vermehrt Anreize zu schaffen, dass mehr Kinder geboren werden, ohne dabei auf die freie Entscheidung der Paare direkt einzuwirken. Um der Erziehung der Kinder höchste Priorität in der Lebensgestaltung von Eltern einzuräumen, gilt es, Ehen und Familien wirtschaftlich zu stärken und während der ersten drei Lebensjahre Erziehungsarbeit auskömmlich zu finanzieren.

Wo soziale und materielle Benachteiligungen von Familien bestehen, müssen sie beendet werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Wir begrüßen die Aufwertung der Erziehungsleistung von Vätern und Müttern und die stärkere rentenwirksame Anrechnung von Familienzeiten.

Besonders armutsgefährdet sind Alleinerziehende. Gerade sie brauchen die Unterstützung der staatlichen Gemeinschaft, um Erziehungs- und Erwerbsarbeit ausgewogen zu realisieren.

Kinder sind vollwertige Träger von Grundrechten. Daher gehört es zu den sozialen Aufgaben des Staates, Missbrauch und Vernachlässigung von Kindern zu unterbinden und jedem Kind – unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft – beste Bildungschancen zu eröffnen.

Viele christliche Kinderhilfswerke und Bildungseinrichtungen sind in Deutschland aktiv, um Not zu lindern. Im Sinne der Subsidiarität fordern wir die Regierungen in Bund und Ländern auf, staatliche und freie Träger finanziell gleichzustellen.

Neben der einzelnen Familie ist auch die christliche Gemeinschaft ein Ort, an dem grundlegende Werte gelebt und eingeübt werden können. In diesem Zusammenhang betonen wir die Notwendigkeit, gerade Jugendlichen gute Chancen zu einem selbstbestimmten Leben zu geben, indem ihnen gute Angebote christlicher Jugendarbeit zur Verfügung stehen, die ihnen lebensbejahend christliche Werte und soziale Kompetenzen gleichermaßen vermitteln. Diese Angebote müssen auch in Zukunft gefördert werden und vielen Jugendlichen zugänglich sein.

Auch muss das Wohl der zunehmenden Zahl von Senioren in unserem Land stärker in den Blickwinkel der Realpolitik treten. Für Christinnen und Christen sind Ehrfurcht und Respekt vor alten Menschen eine Verpflichtung (3. Mose 19,32). Auch der Staat hat die Aufgabe, Maßnahmen zu fördern, die die soziale Versorgung der Rentner – auch als Pflegefälle – sicherstellen. Familien, die ihre ganzheitliche Verantwortung und ihre Fürsorgepflicht für Eltern und Großeltern übernehmen, müssen gegenüber Institutionen prioritär gefördert werden.

Die Generationengerechtigkeit muss angesichts der demographischen Entwicklung immer wieder neu ausgehandelt werden. Soziale Sicherungssysteme müssen überdacht und um individuelle Vorsorgeelemente erweitert werden, ohne dass die Gemeinschaft den Einzelnen vergisst. Die Verhältnisse von Subsidiarität und Solidarität, der Verantwortung des Einzelnen und des Staates müssen immer neu austariert werden.



© istockphoto.com

Geschaffen zum Bilde Gottes: Lebensrecht und Lebensschutz

Gott ist der Schöpfer und Erhalter allen Lebens. Als Ebenbild Gottes hat jeder Mensch seine individuelle Würde. Leben darf deshalb nicht als Mittel zum Zweck missbraucht oder nach wirtschaftlichen Aspekten beurteilt werden. Der Schutz der Ungeborenen, Behinderten, Alten und Kranken ist eine Kernaufgabe des Staates.

Die Würde des Menschen gilt auch für die Ungeborenen. Gottes Fürsorge beginnt schon beim Kind im Mutterleib (Psalm 139,13).

Zu Recht stellt daher das Embryonenschutzgesetz den Menschen ab der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle unter gesetzlichen Schutz. Wir sind der Meinung, dass Abtreibung, Selektion von menschlichen Embryonen, Forschungen mit embryonalen Stammzellen, die das Töten von Embryonen billigend in Kauf nehmen, sowie menschliches Klonen, Diskriminierung aufgrund genetischer Informationen und aktive Sterbehilfe die gottgegebene Würde des Menschen verletzen. Wo solche Praktiken durch einzelne Gesetze legitimiert oder geduldet werden, handelt die Gesellschaft gegen die im Grundgesetz garantierten Grundrechte und ihre kulturellen Wertgrundlagen und steht in der Gefahr, den Schutz von ge-

fährdeten Menschen zu unterlaufen.

Ziel der Politik muss es sein, Abtreibungen zu vermeiden. Auch wenn wir um die oftmals spannungsreichen Konfliktsituationen von Schwangeren wissen, bleibt festzuhalten: Die Tötung eines Menschen im Mutterleib ist nach deutschem Recht rechtswidrig, auch wenn sie unter bestimmten Umständen straffrei bleibt. Die Beratung hat laut Gesetz zugunsten des ungeborenen Lebens zu erfolgen.

Jede Form von Gewalt gegen Abtreibungsbefürworter lehnen wir ausdrücklich ab.

Eine verantwortungsvolle Biomedizin kann einen wesentlichen Beitrag zur Linderung von Krankheiten leisten. Jeder technische Fortschritt bedarf dabei

ethischer Rahmenordnungen, die auch dem Wissenschaftler helfen, mit gutem Gewissen forschen zu können. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch ethisch verantwortbar. So ist beispielsweise Leihmutterschaft in mehrfacher Hinsicht ethisch nicht zu vertreten: Sie degradiert die biologische Mutter auf das Gebären und nutzt häufig eine materielle Zwangslage aus.

Besonders schutzbedürftig und schützenswert ist der Mensch auch am Ende des Lebens. Weil nach christlichem Verständnis Gott der Geber und Vollender des

Lebens ist, lehnen wir aktive Sterbehilfe ab und treten stattdessen für eine Intensivierung der Palliativmedizin und Hospizarbeit ein. Natürlich hat der einzelne Mensch die Freiheit, sein Leben auch selbst zu beenden. Doch zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen assistierter Suizid (oder Suizidbeihilfe) legalisiert wurde, dass insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen, Minderheiten sowie Menschen mit körperlichen und seelischen Einschränkungen und Belastungen nicht ausreichend geschützt werden können.



Unser täglich Brot: Wirtschaft und Soziales

Wir sind dankbar für die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Sie ermöglicht uns selbst einen menschenwürdigen Lebensstandard und versetzt uns in die Lage, soziale Verantwortung in Deutschland und weltweit zu übernehmen und Armen zu helfen. Wir erkennen aber auch die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums und sind uns der globalen Auswirkungen unseres Wirtschaftens bewusst. Wir sind der Überzeugung, dass Menschen Treuhänder der anvertrauten Gaben Gottes sind.

Die Evangelische Allianz unterstützt die Soziale Marktwirtschaft. Sie hat sich als eine tragfähige Wirtschaftsform erwiesen, die versucht, soziale und wirtschaftliche Aspekte in einen Ausgleich zu bringen. Das christliche Menschenbild verbindet die Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen, fördert den Wettbewerb, verhindert Monopole und greift nur in Krisensituationen aktiv in das Wirtschafts- und Finanzsystem ein. Eine totalitäre Steuerung der Wirtschaft widerspricht nach unserem Verständnis dem christlichen Weltbild.

Zugleich wissen wir: Keine Wirtschaftsordnung trägt einen Wert in sich selbst. Jede Wirtschaftsordnung kann missbraucht werden. Der Mensch ist Sünder,

auch der wirtschaftlich agierende Mensch. Entscheidend für das Gelingen der sozialen Marktwirtschaft sind ihre ethische Grundlage und eine gesicherte Rechtsordnung. Die soziale Marktwirtschaft ist durch christliche Werte geprägt. Der Verlust dieser Grundlagen und das Nichtvorhandensein von funktionierenden länderübergreifenden Kontrollmechanismen in der globalen Marktwirtschaft führt zu Habgier und Maßlosigkeit. Deshalb ist der Staat aufgefordert, Initiativen der Wirtschafts- und Unternehmensethik aktiv zu fördern.

Der Staat setzt zum einen die strukturellen Rahmenbedingungen für die Ökonomie und ist zugleich eigener Akteur in Wirtschaftsprozessen. In seiner Haushaltsführung muss er sich an klaren

Prinzipien wie Transparenz, Steuergerechtigkeit und Nachhaltigkeit messen lassen. Eine unverhältnismäßige Verschuldung des Staates ist unzulässig, da dadurch spätere Generationen belastet werden. Die ethischen Grundlagen der Staatswirtschaft müssen sich auch in der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand gegenüber privaten Unternehmen zeigen.

Nach biblischem Ethos muss das Privateigentum, im Alten Testament insbesondere der Landbesitz, geschützt werden, da es die generationenübergreifende Lebensgrundlage der Familien darstellt. Die Bibel spricht nicht von wirtschaftlicher Gleichheit aller Menschen in Bezug auf ihr Vermögen und ihre Begabungen. Sie fordert aber sehr wohl Chancengleichheit für alle Menschen. Dazu gehört die Möglichkeit, eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren sowie sich weiterqualifizieren zu können und mit der Arbeit ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Menschen ohne Arbeit sind nicht nur sozial gefährdet, sondern verlieren häufig auch ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl. Arbeitslose dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Die Regierenden müssen weiterhin alles in ihrer Macht stehende tun, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Die alttestamentlichen Propheten, allen voran Amos, verurteilten die Unterdrückung der sozial Benachteiligten. Nicht das Reichsein an sich ist verwerflich, sondern der missbräuchliche Erwerb von

Vermögen auf Kosten anderer und die fehlende Bereitschaft, den eigenen Teil des Reichtums verantwortlich für die Armen einzusetzen.

Christinnen und Christen setzen sich seit Generationen für die Linderung der Armut in der Welt ein. Wir sehen darin einen besonderen Auftrag Gottes an uns und einen Ausdruck unserer Nächstenliebe. Seit ihrer Gründung sind unzählige diakonische Initiativen im Kontext der Evangelischen Allianz entstanden, die das Anliegen haben, Menschen ganzheitlich in ihrer Bedürftigkeit zu dienen. Weltweit engagieren sich Gläubige der Evangelischen Allianz für HIV/AIDS-Kranke, Gefangene, Geflüchtete und Suchtkranke. Jeder in Not geratene Mensch ist unser „Nächster“ (Lukas 10,29-37). Der Dienst an Armen und Unterdrückten ist ein Dienst an Gott, der sich mit den Armen identifiziert (Psalm 146,5-9; Sprüche 19,17; Matthäus 25,31-46).

Wir erwarten von den Regierungen die Ausweitung einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung von sozialen Programmen und Organisationen im Inland. Ziel aller Sozialprogramme sollte „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein, damit Selbstständigkeit und nicht Abhängigkeit erreicht wird. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit muss es sein, dass sich Menschen selbst versorgen können. Entwicklungszusammenarbeit, die allein von Regierung zu Regierung erfolgt, ist oft wenig effektiv. Daher begrüßen wir die entwicklungspolitischen Ansätze,



© pixabay.com

die bei Partnern direkt vor Ort ansetzen und kleinere Einheiten wie Kirchen und erfahrene Hilfswerke berücksichtigen. Insbesondere die religiösen Gruppen sind als Akteure zu stärken, da sie eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung besitzen.

Im internationalen Bereich fordern wir, schädliche Regelungen, die auf Kosten armer Länder gehen, abzubauen, Protektionismus einzudämmen und die Bekämpfung der weltweiten Armut zu einem zentralen Anliegen der internationalen Wirtschaftspolitik zu machen. Die Regierung sollte Organisationen, die extreme Armut, mangelnde Gesundheitsfürsorge, HIV/AIDS-Epidemien, Sklaven- und Menschenhandel und Korruption bekämpfen, aktiv unterstützen und begünstigen.

Im Rahmen der Arbeitsprozesse hat sich das System der Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften zum

Ausbalancieren der Interessen bewährt. Beide haben die Aufgabe und Verantwortung, den Erfolg des Unternehmens zu sichern, auf angemessene Vergütung zu achten und gute Arbeitsbedingungen zu sichern, die die Gesundheit der Arbeitnehmenden schützen. Ethische Leitlinien wie Wahrhaftigkeit, Transparenz, Fleiß, Maß halten und Vertrauen sollten das unternehmerische Handeln bestimmen.

Als Evangelische Allianz treten wir für den Schutz des Sonntags ein. Der Ruhetag entspringt der Idee des Schöpfers für seine Geschöpfe (2. Mose 20,8-11) und ist ein Kulturgut. Er schützt die Gesundheit der Menschen, fördert die soziale Gemeinschaft und richtet die Menschen aus auf Gott. Der Ruhetag dient dem Wohl aller Menschen. Von daher fordern wir, den Sonntagsschutz nicht auszuhöhlen.

Nachhaltig leben: Die Schöpfung bewahren und gestalten

Christinnen und Christen verstehen sich und ihre Mitgeschöpfe als Schöpfungsgemeinschaft. Daraus leitet sich ihre Verantwortung für die Erde und ihre Ökosysteme ab. Die Sorge um unseren Planeten und seine Arten resultiert aus dem Schöpfungs- und Erhaltungsauftrag, den Gott den Menschen gegeben hat (1. Mose 2,15).

Der Mensch ist nicht Herr der Schöpfung, sondern ihr Verwalter. Das ist für uns kein Freibrief zur Ausbeutung, sondern ein Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung. Wir bekennen die Schuld, dass auch Nachfolger Jesu in der Vergangenheit dem Raubbau an der Natur nicht genügend Einhalt geboten haben. Wir stehen dafür ein, verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen, die Gott uns Menschen anvertraut hat. Dementsprechend ermutigen wir die Regierenden, sich vermehrt für den Schutz der Umwelt, für sparsamen und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und für Biodiversität einzusetzen.

Konsequente Nachhaltigkeit in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht muss ein leitendes Prinzip aller politischen Entscheidungen werden. Ökologisches Verhalten sollte belohnt werden. Ausgewogene Konzepte sind notwendig. Die Dringlichkeit des ökologischen Anliegens wird durch den Klimawandel verstärkt, der in Zukunft besonders die ärmsten Länder treffen wird.

Als Leitlinie unterstützt die Evangelische Allianz die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) der Vereinten Nationen, die bis 2030 umgesetzt werden sollen und die auch ökologische Aspekte zur Bewahrung der Schöpfung umfassen.

Die Weltweite Evangelische Allianz hat dafür 2004 die Micha Initiative (Micah Challenge) ins Leben gerufen – eine weltweite Kampagne und ein globales Netzwerk, das mittlerweile in mehr als 40 Ländern aktiv ist und die Verpflichtungen der SDGs von Regierungen einfordert sowie Gläubige motiviert, sich für einen nachhaltigen und gerechten Lebensstil zu engagieren. Benannt ist die Initiative nach einer Aussage des Propheten Micha: „Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir erwartet: nichts anderes als dies: Recht tun, Güte und Treue lieben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott“ (Micha 6,8).



© shutterstock.com

Epilog: Der gesellschaftliche Auftrag der Christinnen und Christen

Das ewige Heil, das Gott den Menschen durch Jesus Christus schenkt, ist das Zentrum unseres Glaubens und Lebens. Weil Heil und Wohl zusammengehören, hat das von Gott geschenkte Heil immer auch ethische Auswirkungen auf unsere irdische Existenz.

Wir rufen daher alle Christinnen und Christen in unserem Land auf, sich aktiv für das Wohl unseres Landes und für christliche Werte in der Gesellschaft einzusetzen. Wir verpflichten uns, Politiker in ihren verantwortlichen Aufgaben konstruktiv zu begleiten und sie zu unterstützen. Wir bitten alle Gläubige, sich nicht nur an Wahlen in unserem Land zu beteiligen, sondern sich aktiv politisch zu engagieren und somit direkten Einfluss auf die Ausgestaltung der Politik zu

nehmen. Wir fordern sie auf, sich ausreichend über die politischen Grundfragen unseres Landes zu informieren und ihren gesetzlichen Vertretern gegenüber ihre Überzeugungen zu vermitteln.

Als verantwortungsvolle Christinnen und Christen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass sich in unserem privaten Umfeld Gerechtigkeit und Versöhnung entfalten, Arme und Schwache geschützt, Familien erneuert, die Schöpfung gepflegt und Freiheit und Frieden ausgebreitet werden. Vor allem verpflichten wir uns zum regelmäßigen Gebet für alle Regierenden unseres Landes, damit Gott ihre Bemühungen um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gelingen lässt zum Segen für das Land und seine Menschen.

Weitere Veröffentlichungen

Diese Stellungnahme der Evangelischen Allianz in Deutschland steht in einer Reihe weiterer Veröffentlichungen zur gesellschaftlichen Verantwortung, unter anderem:

- Barrierefreiheit – Eine Broschüre des PerspektivForums Behinderung
- Bielefelder Manifest des PerspektivForum Behinderte – „Wir brauchen einander“
- Christliches Engagement im politischen Diskurs: Verhaltenskodex der EAD
- Christlicher Glaube und Islam
- Das Recht des Menschen auf Leben
- Der Arbeitskreis Religionsfreiheit stellt sich vor
- Die Familie braucht Zukunft
- Die organisierte Beihilfe zum Suizid
- Die Würde des Menschen ist die Perle des Rechtsstaates
- Flüchtlinge willkommen heißen - Praxistipps für Christen
- Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen
- Hinweise für Gemeinden, Schulen und Werke zum Thema Trans* im Umgang mit Kindern und Jugendlichen
- Rede frei! - Mit Recht über das Evangelium sprechen

Quartalsmäßig informiert das EiNS-Magazin über unsere gesamte Arbeit.

Sie können diese bestellen bei der Evangelischen Allianz in Deutschland. Sie stehen auch im Internet unter www.ead.de zum Download bereit. Der Versand geschieht ohne Rechnungsstellung.

Wir rechnen aber damit, dass uns viele Freunde mit freiwilligen Gaben und Spenden bei der Finanzierung dieser Schriften und der Verteilung unterstützen. Wir sind als gemeinnützig anerkannt und können Ihnen deshalb gerne steuerlich verwertbare Zuwendungsbestätigungen zustellen.

Unsere Bankverbindung:

Evangelische Bank eG | IBAN: DE87 5206 0410 0000 4168 00 | BIC: GENODEF1EK1

Impressum

Redaktion: Frank Heinrich, Uwe Heimowski, Dr. Reinhardt Schink und Norina Welteke

Herausgeber: Evangelische Allianz in Deutschland e.V. | Esplanade 5–10a | 07422 Bad Blankenburg
Telefon: 03 67 41 / 24 24 | Telefax: 03 67 41 / 32 12 | info@ead.de | www.ead.de

Bankverbindung: Evangelische Bank eG | IBAN: DE87 5206 0410 0000 4168 00 | BIC: GENODEF1EK1

Bildnachweise: © Urheber: shutterstock.com, istockphoto.com, dreamstime.com, pixabay.com, unsplash.com

Layout/Gestaltung: Bergemann Druck GmbH | 1. Auflage 2024

Evangelische Allianz in Deutschland e.V.

gemeinsam glauben, miteinander handeln.

Esplanade 5-10a | 07422 Bad Blankenburg

Telefon: 03 67 41 / 24 24 | Telefax: 03 67 41 / 32 12

info@ead.de | www.ead.de